FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

RESOLUTION Desinformation und Fake News

Fünf-Punkte-Aktionsplan gegen Desinformation und Fake News

Die globale Sicherheitslage ist im Umbruch. Als Antwort darauf müssen die liberalen Demokratien in Europa krisenfester werden. Das gilt sowohl mit Blick auf die militärische Verteidigungsfähigkeit als auch für die Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation und Propaganda. Dem Internet kommt dabei eine besondere Rolle zu: Information und Austausch zu politischen Themen verlagern sich immer mehr auf Soziale Medien, Messenger-Dienste und weitere digitale Plattformen. Wegen deren enormer Reichweite lässt sich Desinformation über das Internet so leicht verbreiten wie nie zuvor. Künstliche Intelligenz eröffnet ganz neue Möglichkeiten für die Herstellung und Verbreitung von Fake News. Daraus erwächst nicht nur das Risiko von gezielter Beeinflussung demokratischer Entscheidungsprozesse. Vielmehr steigt die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger aus Sorge vor Falschbehauptungen über die eigene Person vor politischem Engagement und insbesondere vor Kandidaturen bei Wahlen zurückschrecken. Das gilt besonders für die kommunale Ebene, wo der überwiegende Teil des bürgerschaftlichen Engagements stattfindet. **Der Schutz unserer Demokratie braucht deshalb ein Update. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir dafür einen Fünf-Punkte-Aktionsplan entwickelt.** Dabei geht es explizit nicht um die Verfolgung von fragwürdigenden, aber von der Meinungsfreiheit gedeckten Äußerungen Einzelner im Netz. Das Internet soll ein Raum der freien Meinungsäußerung bleiben.

1. Digitalplattformen fair besteuern und Regionalmedien fördern

Die privaten Anbieter von TV, Radio und Print leiden insgesamt unter rückläufigen Reichweiten und daraus resultierend sinkenden Einnahmen. Die Folge sind Einschnitte in der Berichterstattung insbesondere bei Lokal- und Regionalmedien. Der Verlust von

Hinweis: Dieses Papier darf nicht für Parteizwecke verwendet werden!

hochwertigem Vor-Ort-Journalismus und die zunehmende Nutzung sozialer Medien lässt jedoch die Anfälligkeit unserer Gesellschaft für Fehl- und Desinformation in die Höhe schnellen. Hier gilt es gegenzusteuern.

Als FREIE WÄHLER-Fraktion wollen wir das Kräfteverhältnis von digitalen Monopolisten und vielfältigen Regionalmedien wieder in die Waage bringen. Dazu wollen wir unfaire Steuervorteile der Digitalkonzerne beseitigen. Zwar hat die EU im Handelskonflikt mit den USA einer europäischen Digitalsteuer vorerst eine Absage erteilt. Das ist nachvollziehbar – gilt es doch, die exportorientierte Wirtschaft auch in Bayern vor drohenden zusätzlichen Belastungen zu schützen. **Aus Sicht der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion muss das Ziel einer fairen Besteuerung von Digitalkonzernen jedoch weiterverfolgt werden.** Es kann nicht sein, dass die Unternehmen hierzulande erhebliche Gewinne erzielen, aber kaum Steuern bezahlen. Frankreich, Italien und Spanien sowie unsere österreichischen Nachbarn haben bereits eine Digitalsteuer eingeführt. Google, Facebook und Co. mit weltweiten Einnahmen über 750 Mio. Euro müssen dort von ihren Einnahmen insbesondere aus Werbeschaltungen einen einstelligen Prozentsatz an den Fiskus abführen. Nach diesem Vorbild sollten auch die in Deutschland erwirtschafteten Digitalumsätze besteuert werden. Die von der Berliner Koalition vereinbarte Prüfung einer Digitalsteuer geht in die richtige Richtung. Weitere Schritte müssen folgen.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wollen wir die Einnahmen aus der Digitalsteuer nach dem Vorbild Österreichs in das regionale Mediensystem investieren. Das ist nur gerecht – schließlich nutzen Online-Monopolisten die Inhalte regionaler Medienunternehmen auch auf ihren Plattformen. Außerdem geht von der Monopolstellung der Plattformen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Nicht zuletzt im zurückliegenden Bundestagswahlkampf wurden Zweifel an der politischen

Neutralität einzelner Social-Media-Portale laut. Betreiber können ihre Plattformen nutzen, um gezielt den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Diese Gefahr ist umso größer, je schwächer das Angebot konkurrierender Medien ist. Daher muss die Vor-Ort-Berichterstattung gestärkt werden.

2. Starke Allianzen gegen Desinformation formen

Der Freistaat hat im Vorfeld der Europawahl 2024 unter der Ägide unseres Digitalministers Dr. Fabian Mehring eine schlagkräftige Bayern-Allianz gegen Desinformation formiert. Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, zu schützen und so zu wappnen, dass Desinformation erkannt und als solche behandelt wird. In der Bayern-Allianz ziehen Tech-Champions, Medien und Zivilgesellschaft an einem Strang. Wir sorgen dafür, dass unser Bayern nicht zu einer Deepfake-Demokratie wird, indem wir die Gütekriterien demokratischer Kommunikation auch in der digitalen Welt durchsetzen.

Unsere weiß-blaue Allianz ist ein absoluter Verkaufsschlager für Demokratinnen und Demokraten in ganz Europa. Bayern ist europaweiter Vorreiter im Kampf gegen digitale Desinformation – und wir haben eine Bewegung ins Leben gerufen, die weit über unsere Landesgrenzen hinausstrahlt. Auch in der neuen Bundesregierung muss der Kampf gegen Desinformation jetzt eine Schlüsselrolle einnehmen. Unsere Demokratie lebt vom Vertrauen der Menschen in Fakten und Wahrheit – und dieses Vertrauen wird im digitalen Raum jeden Tag gezielt und systematisch angegriffen. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir überzeugt: Ein schwarz-rot-goldener Anstrich unserer Bayern-Allianz würde Deutschland guttun.**

3. Ein nationales Desinformations-Abwehrzentrum etablieren

Auf Antrag Bayerns haben die Digitalminister der Länder bereits im Mai 2025 dafür plädiert, im Bund effizientere Strukturen zur Bekämpfung von Desinformation zu etablieren. **Als FREIE WÄHLER-Fraktion ist für uns klar: Flankierend zu einer breit aufgestellten Deutschland-Allianz gegen Desinformation braucht unser Land ein nationales**

Desinformations-Abwehrzentrum. Nach dem Vorbild der schwedischen „Psychological Defence Agency“ gilt es auf Bundesebene eine schlagkräftige und reaktionsschnelle Instanz einzurichten, die Desinformationskampagnen frühzeitig erkennt, analysiert und die Öffentlichkeit warnt.

4. Verpflichtende Identifikation auf Plattformen – aber kein Klarnamenzwang

Mit dem Digital Services Act (DSA) ist in Europa eine Art Grundgesetz der Digitalisierung entstanden. Das Gesetz erleichtert die Entfernung illegaler Inhalte und schützt zugleich die Grundrechte der Nutzerinnen und Nutzer. Es muss jedoch nachgeschärft werden, weil sich Fake News und Desinformation weiterhin ausbreiten. **Als FREIE WÄHLER-Fraktion ist unsere Antwort darauf die Verpflichtung der Digitalkonzerne, bei erstmaliger Anmeldung auf der Plattform die Identität des Nutzers festzustellen.** Wer eine SIM-Karte für die Mobilfunknutzung erwirbt, muss sich bereits heute identifizieren. Durch den Identitätsnachweis wird klar, wer Inhalte verbreitet – eine Voraussetzung, um Bot-Netzwerke und Fake-Accounts auszuschließen. Großes Potenzial sehen wir auch in der technischen Möglichkeit, dass Nutzer gegenüber Plattformen lediglich ihr Mensch-Sein nachweisen müssen („Proof of Humanity“), ohne aber weitere persönliche Daten bei den Plattformbetreibern hinterlegen zu müssen. Auch das hemmt die Verbreitung schädlicher Falschinformation und gewährleistet gleichzeitig ein hohes Maß an Anonymität. Als freiheitsliebende Kraft sind wir entschieden gegen eine Klarnamenpflicht, die jeden Nutzer zur Offenlegung seiner Identität zwingt. Eine solche Pflicht würde die freie Meinungsäußerung erschweren und wäre im Sinne von autoritären Regimen, die in Deutschland lebende Oppositionelle leichter verfolgen könnten. Aus wissenschaftlicher Sicht ist nicht klar belegt, dass die Möglichkeit anonymer Meinungsäußerungen zur Enthemmung der Nutzerinnen und Nutzer führt. Insofern würde eine Klarnamenpflicht ins Leere laufen.

5. Finanzströme offenlegen und mehr Transparenz schaffen

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung politische Werbung (TTPA) im Oktober 2025 steigt die Transparenz über politische Werbung in sozialen Netzwerken in der EU. Dennoch bestehen weiterhin Regelungslücken. Insbesondere greift das Werbeverbot für außereuropäische Organisationen nur unmittelbar vor Wahlen und Referenden. Doch auch inmitten der Legislaturperioden werden politische Richtungsentscheidungen getroffen, die für ausländische Akteure von Interesse sind – und damit potenziell Gegenstand von Desinformationskampagnen werden können. Die jahrelange Diskussion um Nord Stream 2 zeigt das wie unter einem Brennglas. **Als FREIE WÄHLER-Fraktion fordern wir Nachbesserung: Es muss ersichtlich werden, wenn von außerhalb des Landes in Sozialen Plattformen investiert wird, um die öffentliche Meinungsbildung zu manipulieren – egal, ob Wahlen bevorstehen oder nicht**.